

CLAUS SCHÄFER

**Die ökonomische Effizienz des Sozialen  
Zum Armuts- und Reichtums-Bericht der  
deutschen Bundesregierung und seinen bisher  
nicht-gezogenen Konsequenzen**

Eine schlechte soziale Lage beschädigt auf Dauer auch die ökonomische Lage – und umgekehrt. Dieses Fazit geht – unbeabsichtigt – aus dem im Frühjahr 2001 vorgelegten ersten nationalen Armuts- und Reichtums-Bericht einer deutschen Bundesregierung hervor. Daraus müssten politische Konsequenzen gezogen werden, die verbreitete Denk- und Handlungsmuster in Politik und Gesellschaft verändern und insbesondere neoliberale Positionen ablösen würden.

**Der erste nationale Armuts- und Reichtumsbericht**

Zum ersten Mal hat eine deutsche Bundesregierung (2001) einen nationalen Armuts- und Reichtums-Bericht für die personelle Ebene vorgelegt. Und das ist gut so – wegen des Berichts aus der Feder der Bundesregierung selbst und wegen der zugrunde liegenden fast 30 wissenschaftlichen Gutachten im Auftrag der Regierung.<sup>1</sup> Der Bericht erzeugt Genugtuung und Anerkennung: wegen einer endlich umgesetzten langjährigen Forderung aus Wissenschaft und Politik, zu der auch die Forschungsaktivitäten von Hans Böckler Stiftung und WSI ein Stück beigetragen haben;<sup>2</sup> vor al-

- 1 Die Gutachten und ihre AutorInnen werden im Anhang von Band I des deutschen Armuts- und Reichtumsberichts aufgelistet; sie können beim deutschen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Berlin angefordert werden.
- 2 Die Hans Böckler Stiftung hat im letzten Jahrzehnt mehrere große Forschungsprojekte von Universitäten und Forschungsinstituten zu Verteilungsfragen finanziert, insbesondere das Projekt »Personelle Einkommensverteilung« von Prof. Richard Hauser und Dr. Irene Becker an der Universität Frankfurt, dessen Ergebnisse zu einem großen Teil auch in den Armuts- und Reichtumsbericht eingeflos-

lem aber wegen Ansatz und Inhalt des Berichts, der eine Fülle von Verteilungsergebnissen liefert.

Der Ansatz vertritt teils explizit, teils implizit einen bestimmten Begriff von »sozialer Lebenslage« und »relativem Wohlstand« für die einzelnen BürgerInnen. Nicht nur die Teilhabe an Einkommen und Vermögen, sondern auch jene an sonstigen materiellen und immateriellen Chancen sowie am sozialen, kulturellen und politischen Leben machen danach als Summe verschiedener Lebenslagen den personellen Wohlstand aus. Eine relativ breite Streuung dieses Wohlstands in Industriegesellschaften wird als akzeptabel unterstellt. Aber die Abstände zwischen den personellen Wohlstandspositionen, insbesondere zwischen »Oben« und »Unten« sollen schließlich nicht zu groß werden und insbesondere nicht die Qualitäten von »sozialem Ausschluss« einerseits und »sozialer Exklusivität« andererseits zu Lasten bzw. zugunsten verschiedener Personengruppen annehmen. Jedenfalls sind nach diesem Ansatz quantifizierbare soziale Ungleichheiten zunächst Beobachtungsindikatoren für die Politik, die ab einem bestimmten Ausmaß von Ungleichheit auch zu Indikatoren für politisches Handeln bzw. Gegensteuern werden.

Der Inhalt des Berichts auf Basis von Zahlenmaterial bis i.d.R. 1998 belegt, dass es in Deutschland zahlreiche, früher häufig geleugnete soziale Ungleichheiten gibt. Er bestätigt auch eine bisher teilweise bestrittene Empirie, nach der die Einkommensungleichheit zugenommen hat. Er weist im Zusammenhang mit den sozial Benachteiligten auf häufige Widersprüche zwischen politischen Ansprüchen bzw. gesellschaftlichen Wertvorstellungen und faktischer Lage hin. Ein besonders beeindruckendes bzw. bedrückendes Beispiel liefern die Berichtsergebnisse über die relativ schlechte Einkommensposition der großen Gruppe von Eltern bzw. Er-

---

sen sind. Daneben führt das WSI in der Hans Böckler Stiftung seit langem eigene Verteilungsforschungen durch. Diese schlagen sich z.B. in den jährlich erscheinenden WSI-Verteilungsberichten des Autors nieder, in denen neben der personellen Verteilungsebene auch die funktionale berücksichtigt wird.

ziehungsleistenden, die in deutlichem Kontrast steht zur öffentlich propagierten Bedeutung von Familie und speziell von Kindern. Insgesamt verstärkt der Armuts- und Reichtumsbericht den Eindruck, dass in Deutschland viel zu tun ist – und dabei auch viel Geld »bewegt« werden müsste.

Was jedoch konkret getan werden soll, wird im Bericht leider weitgehend ausgespart – weshalb der selbst gewählte Ansatz des Berichts (s.o.) trotz gravierender, zum Handeln auffordernder Berichtsergebnisse als nicht ganz ernst genommen erscheint. Zwar werden auch die Regierungsaktivitäten von Rot-Grün in den ersten zwei Regierungsjahren nach 1998 aufgelistet, die soziale Ungleichheit bekämpfen sollen. Aber weder Zeitspanne noch Inhalte des Rot-Grünen Handelns können ausreichen, um hier zu befriedigen. Und der Bericht hat noch weitere Schwächen und Defizite, die teilweise auch den Eindruck erwecken, dass Verteilungsprobleme relativiert und Handlungsdruck vermindert werden sollen.<sup>1</sup> Das gilt selbst dann, wenn berücksichtigt wird, dass ein erster Bericht dieser Art nicht alles leisten kann:

#### **Untererfasste Einkommen und Vermögen**

Der Bericht konzentriert sich trotz Lebenslagenansatz überwiegend auf die Verteilung der relativ gut quantifizierbaren Sphären von Einkommen und Vermögen. Aber nicht alle Einkommen und Vermögen können empirisch erfasst und Personen zugerechnet werden. Diese teilweise recht große Untererfassung ist bekannt und wird auch in den zugrunde liegenden Gutachten explizit benannt. Im Bericht der Bundesregierung jedoch wird diese Untererfassung eher heruntergespielt und damit einer Beschönigung der materiellen Ungleichheit insbesondere beim Vermögen Vorschub geleistet. Die Untererfassung gerade beim Vermögen (Produktivvermögen, Geldvermögen, Besitz von Mehrfamilienhäusern) ist so prägnant, dass die im Bericht quantifizierten Ausmaße der Ungleichheit dort deutlich und häufig als Un-

<sup>1</sup> Kritisch geäußert haben sich u.a.: Erb (2001), Hanesch (2001), Hauser (2001), Rügemer (2001), Schüssler (2001).

tergrenze der »wahren« Ungleichheit hätten betont werden müssen.<sup>1</sup> Ebenso »zwingend« wäre im Bericht der explizite Hinweis darauf gewesen, dass aufgrund der Untererfassung gerade beim Vermögen der berechnete Rückgang der Ungleichheit, der nur auf den erfassten Vermögenswerten beruht, ebenfalls als »problematisch« anzusehen ist.

So naheliegend die Konzentration des ersten nationalen Berichts auf die Lebenslagen von personeller Einkommens- und Vermögensverteilung auch ist, vermisst werden vermisst werden dennoch einige andere relativ gut quantifizierbare Bereiche:

#### **Analysedefizite bei Geschlechterdifferenzen**

So sollten eigentlich im Rahmen monetärer Verteilungsanalysen Hinweise auf Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nicht fehlen. Dieses Defizit des ersten Armuts- und Reichtumsberichts gleicht allerdings ein anderer »Erster Bericht über die Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern« im Auftrag der heutigen Bundesregierung aus, der u.a. vom WSI federführend erstellt wurde und Anfang 2002 Bundestag und Öffentlichkeit zugegangen ist.<sup>2</sup> Danach sind Frauen trotz ihrer erheblich verbesserten allgemeinen und beruflichen Qualifikationen am Arbeitsmarkt bzw. in Betrieben und dortigen Tätigkeits- und

- 1 Zusätzliche Indizien für die hohe Konzentration gerade des Produktivvermögens hat jüngst ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin von Bach/Bartholmai (2001) geliefert, das von der deutschen Bundesregierung im Rahmen der Entstehungsgeschichte des Armuts- und Reichtumsberichts in Auftrag gegeben wurde, jedoch erst mehrere Monate nach Vorlage des Berichts fertig geworden ist. Starke Indizien für die Konzentration, aber auch für die Untererfassung insbesondere beim Geldvermögen liefert eine Untersuchung der Investmentbanken Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young (2001), die schon vor Erscheinen des Armuts- und Reichtumsberichts bekannt war, aber darin auch nicht aufgegriffen wurde.
- 2 WSI/INIFES/Tondorf (2001); die drei Teile dieses Berichts (Kurzfassung, Textband, Materialband) können beim deutschen Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin angefordert werden.

Hierarchiesegmenten bei weitem nicht angemessen vertreten. Die Verbesserungen ihrer Arbeitsmarktlagen in den letzten 20 Jahren fallen insbesondere in der Vollzeitbeschäftigung bescheiden aus. Und zusätzlich gibt es immer noch die »versteckte« Erwerbslosigkeit von Millionen Frauen, die angesichts vieler Rahmenbedingungen keine bezahlte Arbeit finden oder akzeptieren können.

Die aktuellen Vollzeiteinkommen von Frauen machen im Durchschnitt immer noch lediglich 75% der männlichen Vollzeiteinkommen aus. Vergleicht man aber die kumulierten Erwerbseinkommen im Lebensverlauf, was für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte empirisch möglich ist, beträgt die Relation der Fraueneinkommen durchschnittlich nur 42%. Das trifft auf jeden Fall für ältere und mittlere Frauenjahrgänge zu, scheint aber auch bei jüngeren Frauenjahrgängen nicht viel anders zu sein. Wesentlicher Grund für diese soziale Ungleichheit ist, dass Frauen – neben ihrer Betroffenheit durch indirekte Diskriminierung bei der Bezahlung von Erwerbsarbeit – im Gegensatz zu den Männern einen wesentlichen Teil ihrer erwerbsfähigen Lebenszeit zugunsten einer oder mehrerer Etappen unbezahlter Haushaltsführung, Kindererziehung und Angehörigen-Pflege verbringen. Während Männer hinsichtlich ihres Erwerbslebens nahezu kontinuierlich vollzeitbeschäftigt sind (von Arbeitslosigkeit und Krankheit abgesehen), sind Frauen nach dem Ende ihrer »familienbedingten« Erwerbspausen häufig mit einer Entwertung früher erworbener Qualifikationen konfrontiert und müssen mit einer oder sogar mehreren neuen »Berufsschleifen« beginnen. Die teilweise guten Qualifikationen der Frauen, die nie auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten, verfallen zu Lasten des gesamtwirtschaftlichen Humankapitals ohnehin.

#### **Analysedefizite bei der Verteilung von Zeit**

Mit der Verteilung von Zeit generell ist eine weitere Ungleichheit angesprochen, die der Bericht der Bundesregierung ebenfalls nicht thematisiert. Neben der geschlechtsspezifischen Ungleichverteilung von Zeit bei Erwerbsarbeit und

»Familienarbeit« gibt es eine vergleichbare zwischen Erwerbs-Arbeitslosen und »Arbeits-Rastlosen«. Unter den Erwerbstätigen nehmen Intensität wie Dauer von Erwerbszeit offenbar deutlich zu. Das zeigt die Entwicklung der Überstunden, die nur die bezahlte Mehrarbeit erfasst und damit lediglich eine Untergrenze markiert; das belegen aktuelle Umfragen, wonach nur gut ein Drittel der Beschäftigten täglich die gesetzlichen Arbeitspausen ausschöpft; das berichten jüngste Studien – übrigens wieder im Auftrag der Bundesregierung –, nach denen die Zahl an BerufspendlerInnen wie auch die von ihnen zurückgelegten Berufswege und deren Folgen zunehmen. Jede/r sechste der heute 25- bis 55-jährigen Berufstätigen muss täglich oder zum Wochenende pendeln, eine familiäre Fernbeziehung führen, an wechselnden Orten arbeiten u.ä.

Hier bahnt sich eine neue Polarisierung zwischen Erwerbs-suchenden und Erwerbstätigen an; erstere sind »unterfordert« und materiell wie immateriell zunehmend aus der Gesellschaft »ausgeschlossen«, zweite – die im Beruf Stehenden – werden tendenziell überfordert. Gemeinsam ist ihren Problemen, dass sie zu Lasten von individueller Gesundheit und familiärem Zusammenhalt gehen. Wahrscheinlich beschädigen sie auf Dauer auch die Arbeitsproduktivität; die einen – registrierte Arbeitslose und nicht-registrierte arbeit-suchende Frauen – werden in ihren Qualifikationen nicht »abgeholt«, die anderen durch Arbeitsverlängerung und -intensivierung »ausgebrannt«. Jüngere Untersuchungen des WSI im Auftrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zeigen, dass dadurch selbst demokratische Strukturen bedroht sein können. Denn angesichts der Zeitpolarisierung sinkt möglicherweise die Bereitschaft zur Ausübung von Ehrenämtern und freiwilligen Aktivitäten in Sport, Feuerwehr, Bürgervereinen, Verbänden usw.<sup>1</sup> Die »zeitreichen« Arbeitslosen werden in Ehrenämtern als Stigmatisierte zunehmend

---

1 In diesen Untersuchungen wurde die Bereitschaft von BürgerInnen zur Ausübung von Ehrenämtern unter Berücksichtigung beruflicher und familiärer Rahmenbedingungen geprüft (Klenner/Pfahl/Seifert 2001).

weniger akzeptiert, die »zeitarmen« Beschäftigten sind seltener dafür zu gewinnen.

### **Kein Vergleich zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Sozialstaats**

Kaum verständlich ist schließlich, dass der deutsche Armuts- und Reichtumsbericht seine Ergebnisse zu Defizitlagen vieler und breiter gesellschaftlicher Gruppen nicht mit den vorhandenen sozialstaatlichen Standards konfrontiert, mit denen diese Defizite bislang – teilweise offenkundig unzulänglich – bekämpft werden sollen. Vor allem das Unterlassen dieser Konfrontation macht deutlich, dass sich die heutige Rot-Grüne Bundesregierung von den Berichtergebnissen nicht allzu sehr unter Zugzwang setzen wollte. Denn ein entsprechender Vergleich von sozialstaatlichem Anspruch und sozialer Wirklichkeit hätte z.B. bedeutet, dass viele Jahre alte Forderungen aus Politik und Gesellschaft nach Leistungsverbesserungen in Zukunft nur noch schwer abzuwehren gewesen wären. Dazu gehören z.B. die Forderung nach Erhöhung der jahrelang nicht angepassten Sozialhilfe-Leistungen<sup>1</sup>, jene nach wesentlich mehr öffentlichen oder staatlich geförderten Kinderbetreuungseinrichtungen oder jene nach Korrekturen in den Rot-Grünen Steuerreformen zugunsten von Alleinerziehenden<sup>2</sup>. Diese Unterlassung im Armuts- und Reichtumsbericht erhält zusammen mit

- 1 Z.B. hat der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erst vor ein paar Monaten die Bundesrepublik Deutschland wegen zu geringer Sozialhilfeleistungen gerügt (Frankfurter Rundschau 2001), während von politischer Seite eine Kampagne versucht wurde, Sozialleistungsempfänger allgemein als »Faulenzer« u.ä. unter Generalverdacht zu stellen.
- 2 Der deutsche Armuts- und Reichtumsbericht attestiert Alleinerziehenden und ihren Kindern eines der höchsten Armutsrisiken überhaupt. Trotzdem werden in der Rot-Grünen Steuerreform Alleinerziehende per Saldo durch die Streichung des früher exklusiv für sie eingeführten Haushaltsfreibetrags teilweise spürbar finanziell belastet. Erst zur Jahreswende 2001/2002 entwickelt sich über diesen eklatanten Widerspruch eine ernstzunehmende öffentliche Debatte, die auch von den Regierungsparteien geführt wurde, deren positiver Ausgang in Form einer Steuerkorrektur aber noch offen ist.

dem nachfolgend besprochenen Berichtsdefizit eine besondere Brisanz.

Das größte Defizit des ersten nationalen Armuts- und Reichtumsberichts ist das Fehlen einer Ursachenanalyse von sozialer Ungleichheit. Er beschränkt sich weitgehend darauf, unerfüllte Wünsche nach Erwerbsarbeit und entsprechenden Einkommen als einen wesentlichen Faktor von Armut und sozialer Ausgrenzung zu benennen. Diese Ursache ist auch im Zusammenhang mit den nicht im Bericht genannten, aber hier zuletzt erwähnten Ungleichheiten von großer Bedeutung: Es leuchtet ein, dass mehr Arbeitsplätze auch weitere Vorteile mit sich bringen; sie würden zusätzliche Erwerbsbeteiligung von Frauen bedeuten, weniger Arbeitsstress bei den heutigen Beschäftigten und mehr Zufriedenheit bei den gegenwärtigen Arbeitslosen heißen, bessere Gesundheitsbedingungen erzeugen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, höhere Arbeitsproduktivität ermöglichen usw. Der Abbau von Arbeitslosigkeit bzw. die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen würde also gleichzeitig mehrere gravierende Verteilungsprobleme lösen.

#### **Keine Ursachenanalyse von sozialen Ungleichheiten**

Aber gerade die Frage danach, wie mehr Arbeit realisiert werden könnte, wird im Bericht nicht gestellt. Noch viel weniger wird erklärt, warum die registrierte wie die nicht registrierte Arbeitslosigkeit bis 1998 und auch nach 1998, nach dem Wechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün auf hohem Niveau andauerte, obwohl die Regierung Kohl davor ihre 16 Jahre dauernden Aktivitäten als »Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« ausgegeben hatte. Wegen dieser (Selbst-) Etikettierung der Vorgängerpolitik durfte man bei Vorlage des Armuts- und Reichtums-Berichts eigentlich erwarten, wie die ab 1998 amtierende Bundesregierung diese Kohl'sche Politik und erst recht deren neoliberale Elemente unter beschäftigungspolitischen Vorzeichen bewertet – und darin auch die vielen als »beschäftigungsfördernd« etikettierten verteilungspolitischen Maßnahmen. Und man konnte gleichzeitig neugierig darauf sein, wie sich Rot-Grün strategisch von

.....



Schwarz-Gelb oder Neoliberal abgrenzt, obwohl oder weil die heutige Bundesregierung mit der vorangegangenen speziell in der Steuer- und Haushaltspolitik einige Kontinuitäten verbindet: die Steuerentlastung der Wirtschaft und die Sparpolitik im Haushalt. Solche Erwartungen an einen ersten nationalen Bericht waren vor seinem Erscheinen nicht überzogen. Denn nach 16 Jahren Kohl'scher Politik ist eine Auseinandersetzung mit neoliberalen Strategiemustern und darin insbesondere eine Vergewisserung über vermeintliche und wirkliche Zusammenhänge zwischen Verteilung und Beschäftigung mehr als fällig. Doch mit der Vorlage des Berichts wurden solche Erwartungen enttäuscht.

Schließlich liegen diese Zusammenhänge schon auf der Hand, wenn man die personelle Verteilungsebene verlässt, von der der Armuts- und Reichtumsbericht weitestgehend handelt, und lediglich übergeht auf die vorgelagerten und vorprägenden Ebenen der Einkommensentstehung am Markt sowie der öffentlichen Umverteilung. Beide Ebenen sind nicht naturwüchsig, sondern werden und wurden direkt und indirekt durch politische Maßnahmen und (Regulierungs-)Systeme beeinflusst. Dieser Einfluss bewirkt seit langem schon, dass die Schere der Ungleichheit bereits bei den Markteinkommen und erst recht bei der Umverteilung einsetzt und immer weiter aufgeht. Der entscheidende Punkt ist, dass diese Schere unter neoliberalen Vorzeichen herbeigeführt und gerechtfertigt wird mit Hoffnungen, ja Versprechungen auf positive Effekte vor allem bei Beschäftigung und Wachstum; aber die Empirie präsentiert statt dessen ernüchternde Enttäuschungen insbesondere in Form von anhaltender Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche.<sup>1</sup> Dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit

---

1 Diesen Zusammenhängen zwischen personeller und funktionaler Verteilung einerseits sowie zwischen Verteilung und Beschäftigung, aber auch Wachstum und sozialem Frieden andererseits geht der Autor seit Jahren vor allem in den jährlichen WSI-Verteilungsberichten nach, die empirische Informationen und Literaturrecherchen zu Deutschland sowie teilweise auch zu den USA und anderen Ländern enthalten (Schäfer 1998b, 1999, 2000b, 2001b).

neoliberaler Politik soll hier zunächst für Deutschland anhand mehrerer Entwicklungen konkretisiert werden, lässt sich aber im Prinzip auch für andere Länder zeigen.

#### **Verteilungslehren aus dem »Modell Deutschland«**

Bei der Einkommensentstehung am Markt sind in Deutschland seit vielen Jahren mehrere reale und monetäre »Spreizungen« zu beobachten, die Arbeit insgesamt billiger gemacht und gleichzeitig Gewinne und Kapitaleinkommen mit überproportionalem Wachstum versehen haben: Atypische Beschäftigungsverhältnisse, die in der Regel nicht nur mit unsicherem Status, sondern auch mit niedrigerer Bezahlung bzw. geringeren Arbeitskosten verbunden sind, machen heute etwa ein Drittel aller »Jobs« aus, während es vor 30 Jahren erst 15% waren. Das typische Normalarbeits- oder Vollzeitverhältnis, auf das sich die Auswirkungen der Tarifpolitik im wesentlichen konzentrieren, hat durch allgemeine Lohnzurückhaltung schon lange vor dem 1998 begonnenen »Bündnis für Arbeit« seine relative Einkommensposition verschlechtert. Allein in den 90er Jahren ist der sogenannte neutrale Verteilungsspielraum (die Summe aus Preis- und Produktivitätssteigerung) um kumuliert 9% nicht ausgeschöpft worden. Es haben sich lange vor der lautstarken politischen Forderung nach speziellen Niedriglohnsektoren bereits solche auch innerhalb der Vollzeit mit working poors in verschiedenen Branchen, Strukturen und Regionen gebildet.<sup>1</sup> Am krassen ist nach wie vor das Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland. In der öffentlichen Debatte wird es irreführenderweise an den Tariflöhnen festgemacht, obwohl diese nicht Effektivlöhne bzw. Effektivkosten sind. Letztere aber liegen häufig nicht nur unter Ost-Tarifniveau, sie liegen vor allem bis heute weit unter West-Effektivniveau. Gerade in der ostdeutschen Industrie sind es nach wie vor nur gut 60% des West-Ni-

---

1 Zum Ausmaß von working poor in Deutschland siehe ausführlich Schäfer 2000c.

veaus.<sup>1</sup> Trotzdem ist weder dort noch anderswo das von dieser Spreizungspolitik erhoffte »Beschäftigungswunder« eingetreten.

Die Enttäuschung über diese teils bewusst betriebene und vor allem als beschäftigungsfördernd ausgegebene Politik wird bei Einbeziehung der staatlichen Umverteilungspolitik in Deutschland noch größer. Insbesondere die Steuerlastverteilung hat sich radikal verschoben, beginnend schon lange vor der Ära Kohl. Betrug die Belastung der Lohneinkommen durch direkte Steuern 1960 lediglich gut 6% (1980: fast 16%), so sind es heute durchschnittlich rund 20%. Die Belastung, genauer: Entlastung der Gewinn- und Kapitaleinkommen, verläuft genau umgekehrt: 1960 noch 20% (1980: gut 15%), heute nur mehr rund 5% im Durchschnitt. Das gesamte Steueraufkommen aus direkten und indirekten Steuern wird zuletzt nur noch zu rund 17% durch Steuern auf Gewinn- und Kapitaleinkommen gespeist, aber zu 75% aus Massensteuern (Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Mineralölsteuer), die weitestgehend von aktiven und ehemaligen ArbeitnehmerInnen und deren Familien getragen werden. 1960 trugen beide Steuerquellen noch mit jeweils einem Drittel fast paritätisch zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei.

Diese Steuerlastverschiebung geht nun nicht allein auf die kumulierte Wirkung gesetzlicher Einzelmaßnahmen zugunsten einer Entlastung der Wirtschaft zurück; Ursache sind auch die generellen Auswirkungen eines letztlich »dual« wirkenden Steuersystems, das Arbeitseinkommen und Konsumausgaben effektiv belastet, aber bei Gewinn- und Kapitaleinkommen einen großen Gestaltungsspielraum – von legalen Steuerschlupflöchern bis zur illegalen Hinterziehung – ermöglicht. Daran ändert auch die Rot-Grüne Steuerreform im Prinzip wenig. Selbst die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, mit der allein die größten Probleme der öffentlichen Haushalte gelöst wer-

---

1 Das Ost-West-Lohngefälle in Deutschland wird im letzten WSI-Verteilungsbericht (Schäfer 2001a) empirisch dokumentiert.

den könnten, wird bis heute in Deutschland nicht ernsthaft genug betrieben.

Vor allem gilt: Diese Spreizungspolitik auf beiden Verteilungsebenen kann seit langem den von ihr erhofften beschäftigungspolitischen Nutzen nicht einlösen; sie erzeugt vielmehr sozialen wie ökonomischen Schaden. »Lohnmoderation« und Steuerlastverschiebung haben die deutsche Binnennachfrage über Gebühr geschwächt und so einen Teil der Arbeitslosigkeit erst geschaffen, die man mit Hilfe dieser Politik eigentlich verhindern oder abbauen wollte. Hinsichtlich der Binnennachfrage stagnieren oder sinken der private Konsum und die öffentlichen Investitionen seit Jahren und belasten so den Arbeitsmarkt entscheidend, während der deutsche Export trotz angeblich hoher Standortnachteile in Deutschland von Rekord zu Rekord eilt. Der Anteil z.B. der Netto-Lohnquote am privat verfügbaren Volkseinkommen, also dem privaten Kaufkraftpotential, ist von 55,8% im Jahr 1960 (1980: 52,7%) auf 43% in 2000 gesunken. Der gleichzeitige – nicht ganz so starke – Anstieg des Anteils von Gewinn- und Kapitaleinkommen am privaten Volkseinkommen kann die gesunkene Kaufkraft der Nettolohnquote nicht kompensieren, weil mit Gewinn- und Kapitaleinkommen in der Regel geringere Konsum- bzw. höhere Sparneigungen verbunden sind.

Die relative Abnahme der öffentlichen Nachfrage ist quantitativ für die aktuelle Konjunktur und den gegenwärtigen Arbeitsmarkt nicht ganz so schwerwiegend. Aber die damit verbundene Vernachlässigung von weicher und harter Infrastruktur, insbesondere bei Bildungspersonal und einrichtungen, wirft schon seit Kohls Zeiten Schatten auf zukünftige Produktions- und Arbeitsmärkte. Allein in den 90er Jahren sind die öffentlichen Investitionen in Deutschland real um 30 vH gesunken und das öffentliche Personal um 20 vH vermindert worden – auch wenn letzteres zum Teil auf Personalüberhänge in den neuen Bundesländern zurückzuführen ist. Heute werden diese und andere Schatten eher noch länger, weil nicht zuletzt die Steuer- und Haushaltspolitik von Bund und

Ländern wesentliche Muster der Kohl'schen Politik fortzuschreiben. Insbesondere die bisherigen Rot-Grünen Steuerreformen entlasten Unternehmen und Kapital(einkommens-)besitzer weit stärker als andere, treiben so die Verteilungsschere noch weiter auseinander<sup>1</sup> und verschärfen die damit verbundenen ökonomischen Probleme. Dasselbe wird für die künftige mittelfristige Finanzpolitik gelten, wenn sie die geplanten Haushaltsüberschüsse realisiert, was angesichts der politisch gesetzten Vorgaben auf der Einnahmeseite nur auf Kosten der öffentlichen Ausgabenzuwächse denkbar ist.

Mit diesen Politikmustern hat sich der deutsche Staat freiwillig in eine selbstgebaute Falle begeben. Sie funktioniert im wesentlichen durch öffentliche Mindereinnahmen infolge fortgesetzter Steuerentlastungen der Wirtschaft und durch öffentliche Mehrausgaben wegen Arbeitslosigkeit und ihren Folgeproblemen, die Haushaltszwänge und Sparpolitik nach sich ziehen. Darauf folgen zusätzliche Arbeitsmarktprobleme, die durch weitere Entlastungen der Wirtschaft gelöst werden sollen, aber doch nur dieselbe problematische Folgespirale generieren und so die Falle immer stärker zuziehen. Bekanntlich werden solche Politikmuster aber nicht nur in Deutschland praktiziert und immer noch imitiert, obwohl sie auch andernorts ihre Versprechen nicht einlösen konnten, sondern Probleme eher verschärft haben. Weltweit haben Länder mit niedrigen Lohn-, Steuer- und Sozialniveaus nicht etwa Vollbeschäftigung, sondern erhebliche Arbeitsmarkt-, Produktions- und Wachstumsprobleme. Der internationale Währungsfonds hält deshalb soziale Ungleichheit für eine entscheidende Wachstums- und Entwicklungsbremse. Aber dies gilt nicht nur für Entwicklungsländer. OECD (1997, 1999) und EU-Kommission (1999) haben z.B. in ihren

---

1 Zu einer Zwischenbilanz der Rot-Grünen Steuerreformen seit 1998 siehe die Beiträge verschiedener ExpertInnen in Truger (2001). Zu Strukturproblemen des gesamten deutschen Steuersystems und der davon ausgehenden schiefen Steuerlastverteilung ausführlich Schäfer (1998).

Studien über Industrieländer keinerlei empirischen Beleg dafür finden können, wonach insbesondere Niedriglöhne mehr Beschäftigung schaffen. Es mehren sich dagegen die Hinweise, dass umgekehrt eine gleichmäßigere oder flachere Verteilung auch von ökonomischem Vorteil ist. Dies soll nach dem deutschen Beispiel auch noch an drei weiteren Ländern belegt werden.

#### **Verteilungslehren aus dem »Modell USA«**

Das »Modell USA«, von der internationalen Öffentlichkeit erst seit Einsetzen des Abschwungs kritischer betrachtet, wird von wissenschaftlicher Seite, insbesondere aus den USA selbst, schon länger in Frage gestellt. In den USA sind problematische Entwicklungen wesentlich deutlicher als in Deutschland auf eine ungleiche Marktverteilung und mangelnde öffentliche Umverteilung zurückzuführen: Die US-Einkommensverteilung nach der öffentlichen Umverteilung gilt als doppelt so ungleich wie hierzulande. Wäre z.B. der von sehr vielen US-Beschäftigten bezogene gesetzliche Mindestlohn in den USA, der 1990 bei 3,80 Dollar pro Stunde lag, im selben Ausmaß gestiegen wie das Einkommen der US-Manager, müsste er heute 25,50 Dollar betragen – tatsächlich liegt er aber bei 5,15 Dollar. Trotz des niedrigen Mindestlohns, der real sogar gesunken ist, sind die vielen neuen Jobs in den USA zum größten Teil nicht im Niedriglohnbereich entstanden. Ursachen des Beschäftigungswachstums in mittleren und vor allem hohen Lohnsegmenten sind vielmehr eine zunächst expansive Fiskal- und Geldpolitik, dann noch dynamischere private Konsumausgaben, die zum großen Teil auf private Verschuldung und zuletzt Überschuldung zurückgehen. Doch das relativ hohe Beschäftigungswachstum hat den Beschäftigungsstand in den USA erstaunlicherweise nicht wesentlich verbessert – wenn man ihn an der US-Bevölkerungsstatistik misst, in der wesentlich mehr Personen als in der US-Arbeitsmarktstatistik verzeichnet sind. Nach dieser Bevölkerungsstatistik sind zuletzt in den USA 27% der Männer

im erwerbsfähigen Alter ohne Erwerbstätigkeit, neun Prozentpunkte mehr als in Deutschland.<sup>1</sup>

Eine Folge der Ungleichheit in den USA ist die erheblich gewachsene Kriminalität, deren Kosten die US-Gesellschaft mit mehr als 5% des Brutto-Inlandsprodukts belasten. Ironischerweise ist das Beschäftigungswachstum im »haft-industriellen Komplex« öffentlicher und privater Gefängnisanstalten das höchste in den USA. Eine andere Folge ist, dass die Bildungs- und Ausbildungsbereitschaft vieler Personen niedrig ist, weil Sich-Qualifizieren angesichts ungünstiger Aussichten auf bezahlte Arbeit oder eine höhere Entlohnung den Aufwand nicht rechtfertigt – auch deshalb importieren US-Unternehmen in erheblichem Ausmaß gut ausgebildete Arbeitskräfte mit eher niedrigen Entlohnungserwartungen aus dem Ausland. Eine weitere Folge ist, dass viele Eltern aufgrund langer Arbeitszeiten – für viele besteht sogar die Notwendigkeit zwei oder drei Jobs gleichzeitig auszuüben – kaum noch Zeitressourcen für Familie und insbesondere Kinderbetreuung übrig haben. Eine aktuelle Folge ist, dass im US-Abschwung angesichts der schon im Boom vorher eingegangenen privaten Verschuldung viele KonsumentInnen keinerlei finanzielle Reserven mehr haben, »kreditunwürdig« werden und mitunter in Privatkonkurs gehen. Die Kehrseite für US-Firmen ist, dass sie zur Finanzierung ihrer Aktivitäten angesichts austrocknender heimischer Ersparnisse noch stärker von ausländischem Kapitalzufluss abhängen, der zur Zeit noch vom Vertrauen der internationalen Anleger in die US-Wirtschaft getragen wird. Aber wie lange noch, wenn der US-Abschwung andauert und die Schwächen des »US-Modells« offenkundiger und diskutierfähiger werden; wenn darüber nachgedacht wird, ob die offiziell ausgewiesene US-Produktivität rechnerisch nicht allzu

---

1 Dieser erstaunliche Befund hat – wenn auch nur zu einem sehr kleinen Teil – ebenso damit zu tun, dass in der zugrunde liegenden US-Untersuchung die US-Gefängnisinsassen auch zu den Arbeitslosen gezählt werden, nicht zuletzt weil das Ausmaß der Inhaftierungen im Vergleich zu Europa so groß ausfällt; siehe im Detail Western/Beckett (1998).

sehr auf unrealistisch kurze Arbeitszeiten und fiktive hohe »elektronische« Investitionen zurückgeht; wenn gefragt wird, warum zwar die Anzahl der Sozialhilfeempfänger statistisch zurückgegangen ist, aber die öffentlichen Ausgaben für die Unterstützung Bedürftiger gleichzeitig gestiegen sind, usw.?

### **Verteilungslehren aus anderen Ländern**

Ein Missverständnis soll hier nicht entstehen: Das »US-Modell« ist kein rein neoliberales. Gerade die Ursachen der Beschäftigungszunahme in den USA in den letzten 20 Jahren sind überwiegend, wie oben angesprochen, keynesianischer Art, werden aber wegen ihrer positiven Wirkungen von interessierter Seite mit einem neoliberalen Etikett versehen. Diese keynesianischen Elemente haben jedoch die Qualität der »angelsächsischen« Strukturen, die überwiegend neoliberal sind, nicht verändern können. Genauso ist das deutsche – oder »rheinische« bzw. kontinentaleuropäische – Sozialstaatsmodell immer noch im Kern vorhanden. Aber im Gegensatz zum US-Modell wird es durch den langjährigen Import neoliberaler Elemente doch schon aufgeweicht – erst recht bei forcierter Fortsetzung dieser Politik. Dass es bei dieser Entwicklung in europäischen Sozialstaaten mehr oder weniger große graduelle Unterschiede gibt, ist zwar offenkundig, diese werden aber konkret in ihrer Aussagefähigkeit für die Performanz der antipodischen »Modelle« noch zu wenig wahrgenommen. Deshalb soll hier zum Schluss auch ein kurzer Blick auf zwei vermeintlich »kleine« Länderbeispiele geworfen werden, die jeweils abschreckende bzw. vorbildliche Erfahrungen vermitteln.

Norwegen z.B. wurde international wegen seiner Überschüsse im öffentlichen Haushalt lange gelobt. Im Grunde ist es aber gerade deswegen zu kritisieren, weil mit den Überschüssen besser die erheblichen Defizite in der öffentlichen Infrastruktur Norwegens als eigentliche Zukunftsvorsorge behoben würden. Öffentliche Verkehrswege und öffentliche Bildungseinrichtungen sind unzureichend, in den Städten fehlen preiswerte Wohnungen und im ganzen Land genug Krankenhausplätze – sodass seit einiger Zeit Risiko-



patienten auf Basis eines norwegisch-deutschen Vertrages deutlich schneller in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern operiert werden. Doch statt Defizitbeseitigung besorgt die Geldanlage der Überschüsse in internationalen Wertpapieren die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen ausländischer Staaten oder von Akquisitionsplänen ausländischer Firmen. Auch deshalb hat Norwegen seit kurzem eine neue Regierung – deren Umgang mit den Haushaltsüberschüssen noch abzuwarten bleibt.

Dänemark wird bis heute für seine harten Sanktionen gegenüber »arbeitsunwilligen Sozialleistungsempfängern« gerühmt. Übersehen oder verschwiegen wird aber, dass die Sanktionen in Dänemark faktisch kaum zum Tragen kommen, weil eine der höchsten EU-Staatsquoten im Verein mit breiter Qualifizierung und Arbeitszeitverkürzung (vor allem Jobrotation) für eine ausreichende Auswahlmöglichkeit an Arbeitsplätzen bzw. für eine EU-weit sehr geringe Arbeitslosigkeit sorgt. Auch andere ökonomische Kennziffern bescheinigen dem ausgeprägten Sozialstaat in Dänemark mit einer relativ gleichmäßigen Verteilung eine sehr gute Performanz.<sup>1</sup>

### **Ökonomische Effizienz braucht soziale Gerechtigkeit**

Die Botschaft aller vier Länder lautet: Die soziale Lage einer Gesellschaft ist zumindest auf lange Sicht nicht nur Indikator, sondern auch Motor oder Bremse der ökonomischen Entwicklung – wie letztlich auch der demokratischen Verhältnisse. Und die Politik hat es vor allem über Steuer- und Sozialpolitik nach wie vor weitgehend in der Hand zu entscheiden, ob die gesellschaftliche Verteilung mit wenig Un-

<sup>1</sup> Aus Platzgründen müssen hier weitere Länderbeispiele und ihr Vergleich unterbleiben, obwohl sie teilweise sehr ergiebig sind, wie etwa England als angelsächsisches/neoliberales und Frankreich als rheinisches Modell. Gerade die in letzter Zeit gute Performanz von Frankreich auch in Relation zu Deutschland wird insbesondere auf eine expansivere französische Fiskalpolitik zurückgeführt sowie auf eine Lohnpolitik, die den jährlichen Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsanstieg wesentlich besser ausschöpfte; so zuletzt Volz (2001a und 2001b).

gleichheit zum Motor oder mit viel Ungleichheit zur Bremse wird. Auf solche Zusammenhänge hätte der Armuts- und Reichtums-Bericht der deutschen Bundesregierung bei einer Ursachenanalyse von sozialer Ungleichheit stoßen können. Es kommt jetzt darauf an, dieses Versäumnis nachzuholen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Für die deutsche wie für jegliche Berichterstattung über Armut und Reichtum heißt das: Es gehört im Analyseteil neben der personellen Verteilung auch die funktionale Verteilung zu den unverzichtbaren Prüfungsebenen. Zusätzlich sollte die Berichterstattung in jedem Fall eine Ursachenanalyse von sozialen Ungleichheiten enthalten, in der gerade die Wechselwirkungen von personeller und funktionaler Verteilung große Beachtung verdienen. Und schließlich sind Analyseergebnisse und Ursachen mit dem Niveau der sozialstaatlichen Politikmaßnahmen gegen soziale Ungleichheit zu konfrontieren. Die Bewältigung dieser Aufgaben dürfte übrigens leichter fallen, wenn die Berichterstattung gänzlich von der Wissenschaft im politischen Auftrag erfolgt – und nicht von der Politik bzw. der Regierung selber formuliert wird, die Gefahr der Beschönigung oder Relativierung von Ergebnissen und letztlich der Rechtfertigung von Nichts-Tun könnte so vermindert werden.

Für die deutsche wie jede andere Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik sind die Konsequenzen noch weitreichender. Es ist der Abschied von neoliberalen Politikmustern angesagt, die mehr Nachteile – auch ökonomische – als Vorteile erzeugen. Wegen der gemachten empirischen Erfahrungen kann die Wirkung neoliberaler Politikmuster inzwischen folgendermaßen zuspitzt werden: Sie erzeugen mehr soziale Ausgrenzungen bis hin zu Polarisierungen unter den Bürgern und privaten Haushalten. Mehr privater Reichtum geht teilweise unmittelbar auf politisch forcierte Entlastungsmaßnahmen der Wirtschaft zurück. Aber diese »entreichern« gleichzeitig private wie öffentliche Haushalte. Beides entzieht gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit kurzfristigen bzw. konjunkturellen Belastungen und langfristigen bzw. wachstumsbezogenen Nachteilen. Insbesondere

wird der staatliche Handlungsspielraum ausgehöhlt, gegen die heutige private Armut durch sozialen Ausgleich vorzugehen wie gegen künftige gesellschaftliche Armut durch Infrastruktur einschließlich Bildung vorzusorgen. Der private Reichtum heute trägt so den Keim einer Armutsfalle für alle in der Zukunft mit sich. Die Ursachen von aktueller personeller Ungleichheit mit solchen Langfristfolgen liegen also auch in einer neoliberal begründeten ungleichen funktionalen Verteilung in Vergangenheit bis Gegenwart.

Als Alternative zu neoliberalen Politikmustern bietet sich das europäische Sozialstaatsmodell an, das im Prinzip schon seit langem durch sozialen Ausgleich wichtige Voraussetzungen gerade für Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit geschaffen hat und auch im »Modell-Wettbewerb« mit den USA bewährt ist, wie die Entzauberung insbesondere der ökonomischen US-Mythen belegt. Statt das europäische Sozialstaatsmodell weiter abzubauen müsste es also wieder gestärkt, ja konsequenter denn je ausgerichtet werden. Dazu gehört insbesondere eine andere Steuer- und Abgabepolitik, die hohe Einkommen bzw. Gewinne und Vermögen deutlich mehr als bisher an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligt, mehr sozialen Ausgleich, Bildung, Infrastruktur ermöglicht und damit auch die Wachstumskräfte stärkt. Denn die vermeintliche bzw. herbeigeredete Krise des europäischen Sozialstaatsmodells geht hauptsächlich auf zu geringe und in ihren Lasten zudem ungleich verteilte Einnahmen zurück und nicht so sehr auf zu viele oder »falsche« Ausgaben.<sup>1</sup>

In diesem Sinn ist der erste deutsche »Reichtumsbericht« – über privaten Reichtum – also noch ein politisches »Armutzeugnis«. Er kann jedoch – wenn auch unfreiwillig – den Weg zu mehr »gesellschaftlichem Reichtum« weisen, der durch die politische Pflege der harmonischen Beziehung von sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz winkt.

---

1 Dass es innerhalb herkömmlicher sozialstaatlicher Strukturen ebenfalls Umschichtungs- und Reformbedarf in vielen Details gibt, soll gar nicht bestritten werden.

## Literatur:

- Bach, Stefan/Bernd Bartholmai (2001): Vermögenswert der Unternehmen – Besitz und Beteiligungen privater Haushalte; in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 48/2001, 767–777
- Bundesregierung/Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Bd. I: Bericht, Bd. II: Daten – Fakten, Materialband), Bonn
- Erb, Gottfried (2001): Die soziale Spaltung verschärft sich. Zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; in: Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte 7–8/2001, 438–442
- Europäische Kommission (1999): Beschäftigung in Europa 1998, Luxemburg
- Frankfurter Rundschau (2001): Sozialhilfe – Vereinte Nationen bemängeln hiesiges Niveau, 06.09.2001
- Grömling, Michael (2001): Ist Ungleichheit der Preis für Wohlstand? Zum Verhältnis von Wachstum und Verteilung, Köln
- Hanesch, Walter (2001): Bundesregierung unter Druck – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland; in: Böckler zum Bündnis 16/2001, 4f. ([www.boeckler.de](http://www.boeckler.de))
- Hauser, Richard (2001): Soziale Ausgrenzung nimmt zu – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland; in: Böckler zum Bündnis 14/2001, 4 ([www.boeckler.de](http://www.boeckler.de))
- Klenner, Christina/Svenja Pfahl/Hartmut Seifert (2001): Ehrenamt und Erwerbsarbeit – Zeitbalance oder Zeitkonkurrenz? Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie (MASQT) des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young (2000): German Wealth Report, Bad Homburg/München ([www.de.cgey.com](http://www.de.cgey.com))
- Rügemer, Werner (2001): Heile Welten – der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/ 2001, 863–871
- OECD (1997): Employment Outlook 1997, Paris
- OECD (1999): OECD Workshop on Making Work Pay: An Overview, Paris
- Schäfer, Claus (1998a): Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Schäfer, Claus (1998b): Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft. Zur Verteilungsentwicklung 1997 und den Vorjahren; in: WSI-Mitteilungen 10/1998, 675–690

- Schäfer, Claus (1999): Umverteilung ist die Zukunftsaufgabe. Zur Verteilungsentwicklung 1998 und den Vorjahren; in: WSI-Mitteilungen 11/1999, 733–751
- Schäfer, Claus (2000a): Wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit – Konflikt oder Harmoniebeziehung? Bemerkungen zur ökonomischen Verteilung, zum sozialen Frieden und zur Zukunft Europas; in: Schriftenreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Studien für europäische Friedenspolitik Bd. 6: Ökonomie eines friedlichen Europa. Ziele – Hindernisse – Wege. Koordination: Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Münster, 119–138
- Schäfer, Claus (2000b): Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut? – Die Verteilungsentwicklung in 1999 und den Vorjahren; in: WSI-Mitteilungen 11/2000, 747–764
- Schäfer, Claus (2000c): Niedrigere Löhne – bessere Welten?; in: WSI-Mitteilungen 8/2000, 534–551
- Schäfer, Claus (2001a): Von massiven Verteilungsproblemen heute zu echten Standortproblemen morgen. Ein Beitrag zur Entmythologisierung der »Standortdebatte«; in: Stadlinger, Jörg (Hg.): Reichtum heute. Diskussion eines kontroversen Sachverhaltes, Münster, 81–106
- Schäfer, Claus (2001b): Ungleichheiten politisch folgenlos? Zur aktuellen Einkommensverteilung; in: WSI-Mitteilungen 11/2001, 659–673
- Schüssler, Reinhard (2001): Ohne klare Botschaft – Kommentar zu Armut und Reichtum in Deutschland; in: Böckler zum Bündnis 17/2001, 4 ([www.boeckler.de](http://www.boeckler.de))
- Truger, Achim (Hg.) (2001): Rot-Grüne Steuerreform in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, Marburg
- Volz, Joachim (2001a): Erfolgreiche Beschäftigungspolitik in Frankreich; in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 40/2001, 613–618
- Volz, Joachim (2001b): Lohnzurückhaltung – ein Beitrag zu mehr Beschäftigung? Deutschland und Frankreich im Vergleich; in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 50/2001, 803–809
- Western, Bruce/Katherine Beckett (1998): Der Mythos des freien Marktes – Das Strafrecht als Institution des US-amerikanischen Arbeitsmarktes; in: Berliner Journal für Soziologie 2/1998, 159–175
- WSI/INIFES/Tondorf (2001), (WSI in der Hans Böckler Stiftung – federführend/Internationales Institut für empirische Sozialökonomie/Forschungsgruppe Tondorf): Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Düsseldorf/Stadtbergen/Berlin